

Klimaschutz: Politik soll handeln!

Initiative erwartet mehr Verantwortung von der Politik

Bundesweit wurde über den Protest um den Hambacher Wald und den Ausstieg aus der Braunkohle berichtet. In einem Schreiben vom Oktober 2018 an Bundes- und NRW Landespolitiker haben wir die Politik zum Handeln aufgefordert. Denn wir befürchten, dass die Zuspitzung der vielen gegensätzlichen Interessen die Gefahr vergrößert, unsere Gesellschaft zu spalten. Der politische Diskurs gehört zu einer Demokratie, aber er sollte mit Anstand und Respekt geführt werden. Wenn die Energiewende gelingen soll, dann muss die Politik Verantwortung übernehmen und handeln. Sie darf es nicht Kommissionen überlassen, über Ausstiegs-Szenarien zu streiten.

[Brief: Politik soll handeln](https://www.bi-50tausendbaeume.de/tl_files/media/pdf/aktivitaeten/Brief_Politik_soll_handeln.pdf) (https://www.bi-50tausendbaeume.de/tl_files/media/pdf/aktivitaeten/Brief_Politik_soll_handeln.pdf)

Reaktionen aus der Politik in NRW

Landtagsfraktionen

FDP: Christopf Rasche, Vorsitzender der Landtagsfraktion erläuterte in einem ausführlichen Schreiben, dass der Fokus viel stärker auf Speicherkapazitäten, den Ausbau der Netze und auf effiziente Einspartechnologien gelegt werden müsse. Gemeinsam mit Partnern aus Industrie und Wissenschaft plane die Landesregierung eine Initiative, um nach Lösungen für eine treibhausgasneutrale Industrieproduktion zu suchen.

[Positionspapier Energie der FDP in NRW](https://www.bi-50tausendbaeume.de/tl_files/media/pdf/aktivitaeten/Positionspapier_%20Energie_FDP_NRW.pdf) (https://www.bi-50tausendbaeume.de/tl_files/media/pdf/aktivitaeten/Positionspapier_%20Energie_FDP_NRW.pdf)

Bündnis 90/Die Grünen: Die Sprecherin für Klimaschutz und Energiepolitik, Wibke Brems, sieht in dem Ergebnispapier der sogenannten Kohlekommission den Startschuss für eine "beherztere Klimaschutzpolitik" und "den Beginn eines Strukturwandelprozesses im Rheinischen Revier". Sie verweist auf ein [Ideenpapier, mit dem die NRW Grünen](https://wibke-brems.de/wp-content/uploads/2018/10/5-GRÜNE-Ideen-für-eine-zukunftsfähige-Entwicklung-des-Rheinischen-Reviers.pdf) (https://wibke-brems.de/wp-content/uploads/2018/10/5-GRÜNE-Ideen-für-eine-zukunftsfähige-Entwicklung-des-Rheinischen-Reviers.pdf) Lösungen für die Zeit nach dem Kohle-Ausstieg formulieren.

SPD: Keine Reaktion

CDU: Keine Reaktion

Ministerien des Landes Nordrhein-Westfalen

Staatskanzlei: In einem Schreiben wurde uns mitgeteilt, dass unser Brief an das fachlich zuständige Ministerium für Wirtschaft weitergeleitet wurde.

Umweltministerium: In eine Schreiben wurde uns mitgeteilt, dass unser Brief an das fachlich zuständige Ministerium für Wirtschaft weitergeleitet wurde.

Wirtschaftsministerium: In einer E-Mail verweist man auf eine Rede des Ministers vom 10. Oktober 2018.

https://www.wirtschaft.nrw/sites/default/files/asset/document/18_10_10_rede_unterrichtung_energie_klima.pdf

Reaktion aus der Bundes-Politik

Bundestagsfraktionen

FDP: Keine Reaktion

Bündnis 90/Die Grünen: Keine Reaktion

SPD: Keine Reaktion

CDU: Keine Reaktion

Ministerien des Bundes

Bundeskanzleramt: Keine Reaktion

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: In einem ausführlichen Schreiben geht das Ministerium auf unseren Appell ein. Die Bundesregierung entwickle, als Teil des Paris-Abkommens, langfristige Strategien: Einen Klimaschutzplan 2050 und den Nationalen Energie- und Klimaplan. Beide haben den Kohle-Ausstieg als Zwischenziel, und sie setzen sich ausführlich mit dem Ausbau, den Potenzialen und der Überwindung von möglichen Konflikten in Zusammenhang mit dem Ausbau erneuerbarer Energien auseinander. So sollen konkrete Richtlinien und Ziele für eine klimafreundliche Zukunft geschaffen werden.

Bundesumweltministerium: Keine Reaktion

Bundeswirtschaftsministerium: Keine Reaktion